

Mieter fordern Beschlagnahme

In den Häusern des Immobilienhändlers „Berlin Aspire“ stehen massenhaft Wohnungen leer oder werden als Ferienapartments genutzt. Mieter fordern jetzt eine Beschlagnahme, um dort Flüchtlinge unterzubringen.

Auch der Schlüsselresor am Hauseingang weist auf die Zweckentfremdung hin

In der Huttenstraße 71 in Moabit stehen zehn Wohnungen leer. Dazu kommt eine nicht angemeldete Ferienwohnung. Gegen diese teilweise seit mehr als einem Jahr andauernden Zweckentfremdungen geht das Bezirksamt Mitte zwar vor, doch der Eigentümer denkt nicht daran, die Wohnungen wieder regulär zu vermieten. Im Gegenteil: Zurzeit werden einige der Leerwohnungen zu weiteren Ferienapartments umgebaut.

Eigentümer ist eine Gesellschaft, die zum Firmengeflecht „Berlin Aspire“ (auch „Berlin Estate“) gehört. Diese Firma besitzt in der Berliner Innenstadt mindestens 24 Häuser, für die jeweils eine eigene GmbH gegründet



wurde. Es werden günstige Altbauten gekauft, in Eigentumswohnungen aufgeteilt und mit hohem Gewinn einzeln an Anleger verkauft. Die Mieter der Huttenstraße fordern nun, die leeren Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen zu beschlagnahmen. „Beim Lageso schlafen Leute auf der Straße und ein paar hundert Meter weiter gibt es spekulativen Leerstand“, sagt ein Mieter. „Die Wohnungen könnten sofort genutzt werden. Da müsste

man nur bei der Gasetagenheizung auf den Zündknopf drücken.“ In einem Brief an Politiker in allen Bezirken machen die Mieter auch auf ähnliche Situationen in den anderen Berlin-Aspire-Häusern aufmerksam. Die Firma bietet in 14 Häusern 52 voll eingerichtete Wohnungen mit hotelähnlichem Service an. Um den Eindruck von Ferienunterkünften zu verschleiern, werden Monatspreise von 1085 bis 1915 Euro angegeben. Leerstand und Zweckentfremdung sind nicht die einzigen Probleme in den Häusern des Unternehmens. In der Stephanstraße 52 verklagte Berlin Aspire das therapeutische Frauenwohnprojekt „Zwiebel“ auf Räumung. Zudem mussten die Mieter dort im Sommer die Bauaufsicht einschalten, weil Rohrbrüche nicht repariert wurden. In der Emser Straße 102 in Neukölln drohte die Gasag im März mit einer Gassperre, weil der Eigentümer die Rechnung nicht bezahlt habe.

Jens Sethmann